

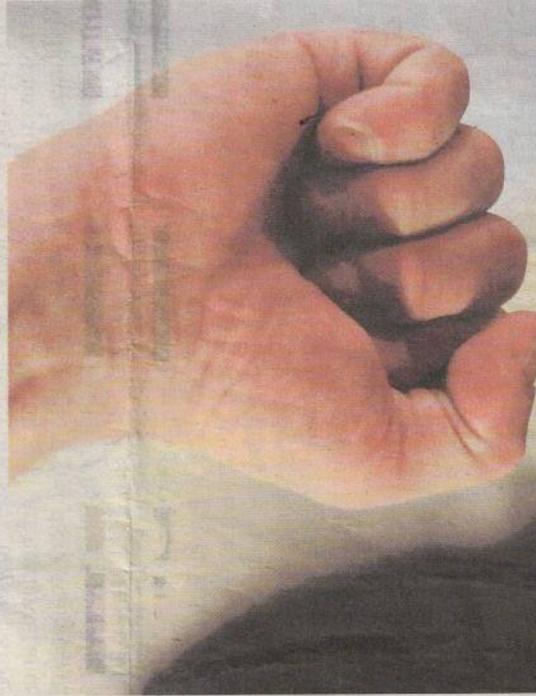
„Häusliche Gewalt ist kein privates Problem“

GLEICHSTELLUNG Rat beschließt Aktionsplan – Wiebke Oncken erklärt, warum der so wichtig ist

VON CHELSY HAS

OLDENBURG – Seit zwei Jahren wird er erarbeitet und jetzt auch beschlossen – der „kommunale Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen“ und Häusliche Gewalt“. Doch warum ist ein solcher Plan notwendig und was soll er bringen? „Gewalt gegen Frauen ist ganz eindeutig ein strukturelles Problem. Frauen werden nicht zufällig zu Opfern, sondern weil sie Frauen sind“, sagt Wiebke Oncken, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Oldenburg.

Es sei nicht ausreichend gesellschaftlich geächtet, Frauen Gewalt anzutun. Das liege auch an einem „Rechtsgefälle, das dazu beiträgt, dass Frauen als das minderwertige Geschlecht gesehen werden.“ Seien es sexistische Sprüche, unangebrachte Berührungen in der Öffentlichkeit oder am Arbeitsplatz oder Stalking – „das passiert täglich. Leider ist es für viele so normal, dass nur mit den Augen gerollt und drüber hinweggesehen wird“, so Oncken. „Häusliche Gewalt wird oftmals nicht als gesellschaftliches, sondern als privates Problem angesehen. Das ist es aber nicht!“, betont die Gleichstellungsbeauftragte.



Um Gewalt gegen Frauen entgegenzuwirken, hat der Rat der Stadt einen Aktionsplan beschlossen. DPA-BILD: MAURIZIO GAMBARINI

angebote es in der Stadt Oldenburg bereits gibt, und was noch nötig ist, um die geschlechterspezifische Gewalt zu verringern und zu verhindern. „Gemeinsam mit Ämtern und Fachberatungsstellen können wir jetzt sichtbar machen, wo es noch Lücken gibt und wo es unter Umständen hakt. So können wir sehr zielgerichtet vorgehen“, sagt Oncken.

Auf über 100 Seiten hat das Gleichstellungsbüro unter anderem Maßnahmen empfohlen.

Was hat der Zusatz „*“ zu bedeuten?

Ganz bewusst habe man sich für die Schreibweise „Frauen“ entschieden. „Es sol-

ZUR PERSON



Gleichstellungsbeauftragte der Stadt BILD: FOTO- UND BILDERWERK

Wiebke Oncken ist 34 Jahre alt und seit Oktober 2014 als Leiterin des Gleichstellungsbüros bei der Stadt Oldenburg tätig.

Welche Maßnahmen sind das zum Beispiel?

„Unsere Hauptforderung ist es, eine Koordinierungsstelle einzurichten. Denn wir haben zwar den Plan erstellt, verfügen jedoch nicht über die Ressourcen, um so etwas einzurichten. Die Fäden müssen an anderer Stelle zusammengehalten werden“, erklärt die Gleichstellungsbeauftragte.

Zu den vorgeschlagenen 87 Maßnahmen gehöre auch die

bessere Finanzierung der einzelnen Stellen. Die bessere und elternunabhängige Beratung von gewaltbetroffenen Kindern zählt ebenfalls dazu. „Eine weitere Maßnahme wäre eine ausgeprägtere Täter- und Täterinnenarbeit“, sagt Oncken.

Zwar gebe es schon ein Projekt vor Ort. Daran teilnehmen dürfe man laut Oncken aber nur, wenn man deutsch spricht. „Auch die Arbeit mit Täterinnen muss weiter ausgebaut werden. Zwar treten zum großen Teil männliche Täter in Erscheinung, aber auch Frauen werden zu Täterinnen“, wie die Gleichstellungsbeauftragte sagt. Vor allem für von Gewalt betroffene Männer sei es schwer, sich zu outen: „Es ist gesellschaftlich noch wenig akzeptiert.“

Hätte es den Plan nicht schon früher geben sollen?

Die Grundlage des Aktionsplans ist die Istanbul-Konvention, die 2018 von Deutschland ratifiziert wurde. Das Übereinkommen des Europarats soll Gewalt gegen Frauen sowie häusliche Gewalt bekämpfen. „Seitdem passiert etwas. Das ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess. Und erst öffentliche Debatten wie #metoo oder Nein heißt Nein!“, sorgen dafür, dass sich etwas ändern kann“, weiß die Gleichstellungsbeauftragte.

WAS DAZU NOCH WICHTIG IST

Aktionsplan muss umgesetzt werden

OLDENBURG/MTN – Als „deutlich“ man in der Ratssitzung, be-

planen, um den Aktionsplan

che Gewalt. Doch warum ist ein solcher Plan notwendig und was soll er bringen? „Gewalt gegen Frauen ist ganz eindeutig ein strukturelles Problem. Frauen werden nicht zu fällig zu Opfern, sondern weil sie Frauen sind“, sagt Wiebke Oncken, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Oldenburg.

Es sei nicht ausreichend gesellschaftlich geächtet, Frauen Gewalt anzutun. Das liege auch an einem „Rechtsgefälle, das dazu beiträgt, dass Frauen als das minderwertige Geschlecht gesehen werden.“ Seien es sexistische Sprüche, unangebrachte Berührungen in der Öffentlichkeit oder am Arbeitsplatz oder Stalking – „das passiert täglich. Leider ist es für viele so normal, dass nur mit den Augen gerollt und drüber hinweg gesehen wird“, so Oncken. „Häusliche Gewalt wird oftmals nicht als gesellschaftliches, sondern als privates Problem angesehen. Das ist es aber nicht!“, betont die Gleichstellungsbeauftragte.

Was hat der Zusatz „*“ zu bedeuten?

Ganz bewusst habe man sich für die Schreibweise „Frauen“ entschieden. „Es sollen sich auch Personen angesprochen fühlen, die zum Beispiel intergeschlechtlich oder transident sind“, so Oncken.

Warum ist der Aktionsplan notwendig?

Der Plan sei notwendig, um zu verdeutlichen, welche Hilfs-



Um Gewalt gegen Frauen entgegenzuwirken, hat der Rat der Stadt einen Aktionsplan beschlossen.

DPA-BILD: MAURIZIO GAMBARINI

angebote es in der Stadt Oldenburg bereits gibt, und was noch nötig ist, um die geschlechterspezifische Gewalt zu verringern und zu verhindern. „Gemeinsam mit Ämtern und Fachberatungsstellen können wir jetzt sichtbar machen, wo es noch Lücken gibt und wo es unter Umständen hakt. So können wir sehr zielgerichtet vorgehen“, sagt Oncken.

Auf über 100 Seiten hat das Gleichstellungsbüro unter anderem Maßnahmen empfohlen, die es nun umzusetzen gilt. „Studien zufolge ist jede dritte oder vierte Frau im Laufe ihres Lebens von Gewalt betroffen“, so Oncken. Bei der Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt (BISS) werden jedes Jahr 300 bis 400 Menschen beraten. „Man muss sich vor Augen führen, dass die Betroffenen nicht erst nach dem ersten Schlag kommen, sondern meist dann, wenn es nicht mehr auszuhalten ist“, so Oncken.



Gleichstellungsbeauftragte der Stadt

BILD: FOTO- UND BILDERWERK

Wiebke Oncken ist 34 Jahre alt und seit Oktober 2014 als Leiterin des Gleichstellungsbüros bei der Stadt Oldenburg tätig.

Welche Maßnahmen sind das zum Beispiel?

„Unsere Hauptforderung ist es, eine Koordinierungsstelle einzurichten. Denn wir haben zwar den Plan erstellt, verfügen jedoch nicht über die Ressourcen, um so etwas einzurichten. Die Fäden müssen an anderer Stelle zusammengehalten werden“, erklärt die Gleichstellungsbeauftragte.

Zu den vorgeschlagenen 87 Maßnahmen gehören auch die

Hätte es den Plan nicht schon früher geben sollen?

Die Grundlage des Aktionsplans ist die Istanbul-Konvention, die 2018 von Deutschland ratifiziert wurde. Das Übereinkommen des Europarats soll Gewalt gegen Frauen sowie häusliche Gewalt bekämpfen. „Seitdem passiert etwas. Das ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess. Und erst öffentliche Debatten wie #metoo' oder ‚Nein heißt Nein!‘ sorgen dafür, dass sich etwas ändern kann“, weiß die Gleichstellungsbeauftragte.

Was kann erreicht werden?

Alte Strukturen werde man nicht sofort ändern können, sagt Oncken. „Hemmschwellen müssen abgebaut und Gewalt sichtbar gemacht werden“, erklärt sie. Erst dann könne sich nachhaltig etwas ändern.

WAS DAZU NOCH WICHTIG IST

Aktionsplan muss umgesetzt werden

OLDENBURG/MTN – Als „deutliches Signal, dass Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt nicht akzeptiert wird“, hat Oberbürgermeister Jürgen Krogmann (SPD) den gleichnamigen Aktionsplan bezeichnet. Derartige Gewalt sei nicht akzeptabel. Er freue sich, dass Oldenburg die erste Kommune sei, die das in dieser Form umsetzen wird, sagte Krog-

mann, um den Aktionsplan jetzt umzusetzen. Ebenso Christel Homann (Die Linke): „Bei häuslicher Gewalt ist jede Hilfe für die Betroffenen wichtig, damit sie in ein gewaltfreies Leben zurückkehren können.“ Annika Eickhoff (CDU) sieht das Ende einer intensiven Diskussion und einen Anfang: „Die Debatte gehört in die Öffentlichkeit.“

planen, um den Aktionsplan jetzt umzusetzen. Ebenso Christel Homann (Die Linke): „Bei häuslicher Gewalt ist jede Hilfe für die Betroffenen wichtig, damit sie in ein gewaltfreies Leben zurückkehren können.“ Annika Eickhoff (CDU) sieht das Ende einer intensiven Diskussion und einen Anfang: „Die Debatte gehört in die Öffentlichkeit.“